

PARLAMENTSREDE

von Jochen Esser, MdA – finanzpolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus von Berlin – 17. Wahlperiode, 40. Sitzung, 12. Dezember 2013 zum **Thema: Haushaltsgesetz 2014/2015 2.**
Lesung Rede im Wortlaut

Herr Präsident, meine Damen und Herren

Wir haben uns das ein bisschen aufgeteilt. Zu einer Haushaltsdebatte gehört ja auch ein Stück finanzpolitisches Schwarzbrot.

Und deswegen, Herr Wowereit, hätte ich mir gewünscht, Sie hätten uns mal etwas zu beißen gegeben und mitgeteilt, wie hoch der Finanzbedarf des Flughafens denn ist, der auf diesen Doppelhaushalt zukommt.

Vielleicht hätten wir schwer geschluckt, aber in dieser Haushaltsberatung interessiert nun mal besonders, ob das Versprechen eines Haushalts ohne Neuverschuldung noch hält, wenn uns die nächste Rechnung für das Flughafendebakel präsentiert wird.

Denn eins ist doch so sicher: Irgendwann im nächsten Jahr werden Sie hierher kommen, Herr Wowereit, und frisches Geld fordern. Wie hoch wird Ihre Forderung dann sein? 300 Millionen, 400 Millionen oder 450 Millionen wie beim letzten Mal?

Eins steht jedenfalls heute schon fest: Der der Haushaltsplan, den Sie heute zur Abstimmung stellen, ein Plan mit Verfallsdatum und deshalb das Papier nicht wert, auf dem er steht.

Bündnis 90/ Die Grünen werden auch weiterhin dagegen ankämpfen, dass Sie bewusst Leerstellen im Haushalt lassen und Einnahmen wie Ausgaben nicht veranschlagen. Ein Haushalt hat nach der Verfassung vollständig zu sein. Ihr Haushalt ist es nicht. Allein schon deshalb wird er unsere Zustimmung nicht finden.

Und es gibt einen zweiten, wichtigeren Grund: - Frau Pop hat ihn vorhin angedeutet - Das ist Ihre Flucht in die Schattenverschuldung.

Im vorliegenden Haushaltsgesetz stehen den 300 Millionen Euro Tilgung in zwei Jahren sage und schreibe 6 Milliarden neue Schulden außerhalb des Haushalts gegenüber.

Wie das geht? Eigentlich ganz einfach. Muss man nur drauf kommen. Die Sozialdemokraten verschieben die Ermächtigung für 6 Milliarden Euro neue Schulden von § 2 „Kredit“ nach § 3 „Gewährleistung“ im Haushaltsgesetz – also von direkter Verschuldung im Haushalt zu indirekter über Tochtergesellschaften - und die CDU guckt dem Kunststückchen mit großen Augen zu.

Wenn man sich bei der SPD umhört, wofür dieser Blankoscheck über 6 Milliarden Euro denn verwendet werden soll, dann kommt als Antwort: Na ja, 1,4 Milliarden Euro sind schon verbraucht für den Rückkauf der BWB, 1 Milliarde neue Schulden sind für den Kauf des Stromnetzes, und 3,6 Milliarden für den Kauf von Vattenfall und GASAG. Und mancher murmelt ersatzweise noch was von S-Bahn. Da tun sich auf einmal zwei Haushaltswelten auf, die durch Abgünde getrennt sind.

In der einen Welt, der Kreditplanwelt von § 2 des Haushaltsgesetz, sind Ihnen 500.000 Euro für Sasha Waltz schon zuviel, denn die mindern ja den Tilgungsüberschuss über Gebühr. Und unsere Beamten ordentlich entlohnen geht angeblich erst recht nicht.

In der anderen Welt, der Bürgschaftswelt von § 3 des Haushaltsgesetz, herrscht dagegen fast schrankenlose Freiheit. Da drückt unsere Bank, die IBB, unbegrenzt Kreditgeld und die Damen und Herren Abgeordneten gehen damit auf milliardenschwere Shoppingtour. Sollten sich die Einkäufe eines Tages als Fehlspekulation erweisen und die Bürgschaften deswegen platzen, haften weder die Bank, noch der Senat, noch die Abgeordneten sondern mal wieder die Steuerzahler. Die Finanzkrise und der Flughafen lassen grüßen!

Für den Gefühlshaushalt der SPD Fraktion mag es ja prima sein, dass sich neben der steinigen Welt der Haushaltskonsolidierung noch ein Paradiesgarten der Politikgestaltung auftut, in dem scheinbar alles umsonst ist. Für unsere Stadt ist es aber überhaupt nicht gut, vom Gefühlshaushalt der SPD regiert zu werden. Denn die Berlinerinnen und Berliner und niemand sonst zahlen die Zeche, sobald etwas schief geht.

Da lobe ich mir die Linken, die ja die eigentlichen Stichwortgeber für die Rekommunalisierung sind und deshalb ein hohes Interesse daran haben, dass die Dinge auch gelingen. Sie bestehen deshalb wie wir darauf, dass wir unsere Landesunternehmen im Rahmen einer erweiterten Staatstätigkeit nicht überfordert werden und ihnen für neue Aufgaben auch Eigenmittel zugeführt werden, soweit das irgend möglich ist.

Ich möchte mich an dieser Stelle ausdrücklich bei den Haushältern der Linksfraktion für die fruchtbare Zusammenarbeit bedanken, die sich in dieser Haushaltsberatung unter uns entwickelt hat. Das kann gerne so weitergehen

Wir brauchen im Übrigen gar nicht mutmaßen, wie abschüssig der Weg in die Schattenverschuldung ohne Eigenkapital sein kann. Im Fall der Wasserbetriebe können wir uns auf erste Tatsachen stützen.

Nachdem die Koalition auf der Zielgraden der Haushaltsberatung dem öffentlichen Druck nachgegeben und erste Schritte zur Senkung der Wasserpreise vorgenommen hat, kommen all die Probleme hoch, die SPD und CDU zuvor als haltlose Erfindung der Opposition abgetan haben.

Nehmen Sie die Tatsachen doch bitte zur Kenntnis, Herr Saleh: Der Kaufpreis erweist sich jetzt eben doch als zu hoch und seine Finanzierung allein auf Kredit als zu windig, um einer Wasserpreissenkung standzuhalten.

Der Wirtschaftsteil der FAZ bringt die Folgen auf den Punkt: „Berlin verzichtet auf 40 Millionen Euro Gewinnausschüttung, 20 Millionen Euro müssen die BWB erwirtschaften. Im Ergebnis werden statt geplanter 250 Stellen in den nächsten vier Jahren 400 Arbeitsplätze abgebaut.“

Na toll! Gewinnverzicht des Landeshaushalts und Personalabbau bei den Wasserbetrieben, das hätten Sie auch ohne Rekommunalisierung haben können. Dagegen hätten RWE und Veolia bestimmt keine Einwände erhoben.

Mit den privaten Investoren Kaufpreise zu verhandeln, die sinkenden Wasserpreisen Rechnung tragen, das war doch der Sinn der Übung.

Offenkundig ist Ihnen das misslungen. Sie haben ihren Job schlecht gemacht und Sie machen ihn immer noch schlecht, wenn Sie sich weiter weigern, die 400 Millionen Euro Überschuss des Haushalts 2013 in die Tilgung zu stecken statt in die Wasserbetriebe, wie es die Opposition seit Monaten fordert.

Ich verspreche Ihnen, wir werden da nicht locker lassen: Nicht bei den Wasserbetrieben, nicht bei den Wohnungsbaugesellschaften, nicht bei der BVG und nicht beim Stadtwerk. Man kann mit diesen Institutionen soziale und ökologische Politik machen. Und man kann diese Politik intelligent finanzieren.

Aber Heuschreckenfinanzierung, die Unternehmenskäufe komplett auf Pump tätigt und die Kosten auf das übernommene Unternehmen abwälzt, darf nicht zum Mittel Berliner Landespolitik werden.

Finanzierungsmodelle, wie sie vor der Finanzkrise für Hedge Fonds typisch waren, vertragen sich nicht mit seriösen kaufmännischen Grundsätzen und schon gar nicht mit dem sozialen Zweck staatlicher Daseinsvorsorge. Eine solche Politik führt entweder in die roten Zahlen oder lässt die Mieten und die Preise der Daseinsvorsorge steigen. Eine solche Politik ist weder wirtschaftlich vernünftig noch sozial.

Wir legen Ihnen mit dem grünen Haushaltsplan eine Alternative dazu vor. Ja, wir geben deshalb im Schnitt 100 Millionen Euro mehr aus als Sie. Wir nehmen aber auch 200 Millionen Euro mehr ein, weil wir die Einnahmen vollständig veranschlagen.

Unter dem Strich stehen dann zweimal 250 Millionen Euro Überschuss. Da dürfen Sie sich dann balgen, was davon für die Tilgung und was davon für den Flughafen ist.

Denn egal, was Sie heute beschließen. Um den Nachtragshaushalt kommen Sie nicht herum. Und dann stehen wir wieder hier und diskutieren weiter.